

dies in den anderen Gebieten der Fall ist. Als besonders hilfreich erwiesen sich dabei die mangelnde Popularität Hadis, die Übernahme der bestehenden Verwaltungsstrukturen in dem eroberten Territorium und die wachsende Unterstützung durch anerkannte Führungspersönlichkeiten des Landes. Mitte 2016 bildeten die Houthis und Saleh gemeinsam einen mit Vertretern beider Seiten paritätisch besetzten Obersten Rat, um die weiteren politischen und militärischen Maßnahmen zu koordinieren. Hadis Autorität ist dagegen selbst unter den entschiedensten Gegnern der Houthi-Saleh-Allianz umstritten. In einigen Gebieten, vor allem im Süden, wo sich Befürworter einer lokalen Unabhängigkeitsbewegung neu formiert haben, um die Houthis und Salehs Anhänger in Schach zu halten, agieren Milizen-Führer mehr oder weniger auf eigene Faust.

Die militärische Unterstützung durch Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, so Baron, habe sogar zu neuen Konflikten innerhalb des Hadi-Lagers geführt. Zwar ergänzen sich die Aktivitäten beider Länder – die Saudis sind überwiegend im Norden und die Emiratis im Süden präsent – größtenteils, allerdings integrieren sie dabei auch Kräfte, die mit den eigenen Allianzpartnern zerstritten sind. So kollaboriert Saudi-Arabien beispielsweise mit der Muslimbruderschaft-nahen Islah-Partei, die von einigen Verbündeten der Vereinigten Arabischen Emirate strikt abgelehnt wird. Dies sind wichtige Informationen, da sie die Fähigkeit der pro-Hadi Akteure zur langfristigen Zusammenarbeit stark in Zweifel ziehen.

Baron spricht sich für eine diplomatische Strategie aus, die auch die Houthi-Saleh-Allianz einbindet. An dieser Stelle kommt die Europäische Union ins Spiel, die die bestehenden Friedensbemühungen der Vereinten Nationen durch gezielte Gespräche mit allen maßgeblichen jemenitischen und externen Akteuren unterstützen soll. Es bleibt allerdings unklar, wie das Ergebnis des erhofften Verhandlungsprozesses unter Einbindung aller Beteiligten im Einzelnen aussehen soll. Baron weist aber zurecht darauf hin, dass die Neutralität der EU bei Vermittlungsbemühungen zwischen den Konfliktparteien von Vorteil sein dürfte. Erst recht, falls es notwendig sein sollte, das Vakuum zu füllen, das bei einem diplomatischen Rückzug der USA, den Baron unter Präsident Trump befürchtet, entstehen würde.

[http://www.ecfr.eu/publications/summary/yemens\\_forgotten\\_war\\_how\\_europe\\_can\\_lay\\_the\\_foundations\\_for\\_peace](http://www.ecfr.eu/publications/summary/yemens_forgotten_war_how_europe_can_lay_the_foundations_for_peace)

## Die menschlichen Kosten der Konflikte im Mittleren Osten

**Anthony H. Cordesman:** *The Human Cost of War in the Middle East. A Graphic Overview.* Washington, D.C.: Center for Strategic & International Studies, Februar 2016.

Besprochen von **Sven Fikensch**, Non-resident Fellow, Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel; [svfikensch@aol.com](mailto:svfikensch@aol.com)

<https://doi.org/10.1515/sirius-2017-0074>

Wie der Titel bereits andeutet, verzichtet Anthony H. Cordesman auf eine eigenständige Analyse und präsentiert stattdessen Daten und Einschätzungen von internationalen Organisationen und amerikanischen Behörden über die humanitären Folgen der Bürgerkriege im Nahen Osten. Insofern unterscheidet sich die Zusammenstellung von Cordesman gravierend von anderen Think Tank-Studien, die im Regelfall die strategischen Hintergründe aktueller Ereignisse erfassen und auf dieser Basis Handlungsempfehlungen ausarbeiten. Wenngleich die Publikation keinen Anspruch auf analytische Tiefe erheben kann, so ist die Dichte der gesammelten Informationen, die unter anderem von dem Office for the Coordination of Humanitarian Affairs der Vereinten Nationen, der Weltbank sowie der Central Intelligence Agency stammen, dennoch beeindruckend.

Die Lesbarkeit der Zusammenstellung leidet jedoch unter der Vielzahl zum Teil widersprüchlicher Statistiken. Einige Daten weichen beispielsweise voneinander ab, weil sie zu unterschiedlichen Zeitpunkten erhoben worden sind, ohne dass dies näher diskutiert wird. Derartige Unstimmigkeiten sind das Ergebnis einer sehr groben Strukturierung. Cordesman untergliedert seine Zusammenstellung zwar in verschiedene Themenblöcke wie Flucht und Vertreibung oder Länderanalysen, bereitet die vorhandenen Zahlen und Berichte innerhalb dieser Bereiche aber nicht näher auf, sondern reiht sie lediglich aneinander. Die daraus resultierende Verwirrung ist nicht zuletzt deshalb ein immenser Verlust, weil bei näherer Betrachtung deutlich wird, wie gravierend die humanitären Folgen von Kriegen sind.

So ist die Anzahl der Menschen, die ihren Wohnsitz aufgegeben haben, weil sie vor Kampfhandlungen und Verfolgung nicht mehr sicher waren, weltweit gesehen beispielsweise auf rund 60 Millionen angestiegen. Allein 2014 sind 14 Millionen vertrieben worden. Die mit Abstand größten Fluchtbewegungen waren im Nahen und Mittleren Osten zu beobachten, weshalb sich Cordesman in den Länderanalysen konsequenterweise mit den Bürgerkriegen in Libyen, Syrien, im Irak und im Jemen be-

schäftigt. Besonders katastrophal seien die Lebensbedingungen in Syrien, wo das Regime von Baschar al-Assad mit russischer und iranischer Unterstützung zu tiefst aggressiv gegen die Opposition vorgeht. Den aktuellen Zahlen zufolge hat der syrische Bürgerkrieg bereits Hunderttausende an Toten sowie über vier Millionen internationaler Flüchtlinge und mehr als siebeneinhalb Millionen weiterer Vertriebener gefordert, die sich innerhalb der Landesgrenzen aufhalten. Über 12 Millionen Syrier sind auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Was die Frage nach den Todesopfern und den ins Ausland geflohenen Einwohnern betrifft, so finden sich mit Blick auf die drei übrigen Länder keine vergleichbaren Informationen, was die unbefriedigende Systematik der Zusammenstellung untermauert. Die anderen Eckpunkte belegen die enorme humanitäre Notlage aber ebenfalls mehr als deutlich. So liegt die Zahl der Hilfsbedürftigen und Vertriebenen in Libyen jeweils bei rund zweieinhalb Millionen, im Irak benötigen über acht Millionen Menschen humanitäre Hilfe und mehr als drei Millionen sind vertrieben worden, während im Jemen gar über 21 Millionen auf humanitäre Hilfe angewiesen sind und über zwei Millionen außerhalb ihrer Heimatgemeinde Schutz suchen.

Da Cordesman keine eigenen analytischen Überlegungen präsentiert, identifiziert er auch keine grenzübergreifenden Ursachen für das enorme Leid der Bevölkerung in Bürgerkriegsgebieten, obwohl die enorme Menge an empirischem Material dafür eine hervorragende Basis gewesen wäre. Beim Lesen der Berichte über die wirtschaftlichen Folgen der Bürgerkriege fällt jedoch die immense Abhängigkeit aller Länder vom Rohöl-Export auf. Im Zuge der Kampfhandlungen musste die Förderung von Rohöl in allen Staaten mit Ausnahme des Iraks, wo sie nach dem Sturz Saddam Husseins nie dauerhaft an Fahrt aufnehmen konnte, drastisch reduziert werden, was desaströse ökonomische und humanitäre Konsequenzen hatte. Der deutliche Fall des Ölpreises in den letzten Jahren tat sein Übriges. Somit liegt zumindest ein Ansatzpunkt für die Strukturierung ausländischer Hilfsmaßnahmen vor, falls die politischen Rahmenbedingungen einen Wiederaufbau ermöglichen sollten.

<https://www.csis.org/analysis/human-cost-war-middle-east-graphic-overview>

## Nahost Konflikt

**Dan Meridor:** Time to Decide and Act. A Call for an Israeli Initiative, Cambridge, MA: Belfer Center for Science and International Affairs, Senior Fellow Paper, Januar 2017.

Besprochen von **Sven Fikensch**, Non-resident Fellow, Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel; [svfikensch@aol.com](mailto:svfikensch@aol.com)

<https://doi.org/10.1515/sirius-2017-0075>

Die Analyse befasst sich mit dem klassischen Nahost-Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Der Verfasser fordert Israel zu einem sofortigen und weitreichenden Kurswechsel in seiner Politik gegenüber den Palästinensern auf, um eine Zweistaaten-Lösung auf den Weg zu bringen, bevor es dafür zu spät ist. Das allein reicht zugegebenermaßen kaum als Alleinstellungsmerkmal der Studie. Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern ist über die Jahrzehnte hinweg außergewöhnlich ausführlich analysiert worden, wobei sich die überwiegende Mehrheit der Autoren, die klar Position beziehen, für eine Zweistaaten-Lösung und zumeist auch eine konstruktivere Rolle Israels aussprechen. Im Unterschied zu den meisten Beobachtern des israelisch-palästinensischen Konflikts war Dan Meridor jedoch bis vor kurzem selbst in führender Position in Israels Sicherheitspolitik involviert. Von 2009 bis 2013 war er stellvertretender Ministerpräsident und Koordinator der Nachrichtendienste und saß zuvor der Kommission vor, die 2006 Israels damalige nationale Sicherheitsstrategie ausgearbeitet hat. Seine Worte besitzen daher innerhalb von Israels strategischer Community enormes Gewicht.

Meridors Plädoyer für eine Zweistaaten-Lösung beginnt mit einem kurzen Abriss der Geschichte des israelisch-arabischen Konflikts sowie der aktuellen Lage im Westjordanland. Der historische Überblick betont, dass Israel im Kontext aller anderen größeren Streitpunkte mit seinen arabischen Nachbarn eroberte Gebiete nicht über einen unbefristeten Zeitraum hinweg für sich beansprucht hat. So wurde die Sinai-Halbinsel beispielsweise an Ägypten zurückgegeben, was einen langfristigen Friedensvertrag mit Kairo ermöglichte. Selbst aus dem Gaza-Streifen zog man sich 2005 zurück, was in diesem Fall allerdings unilateral geschah und den Aufstieg der Hamas, mit der Israel seitdem eine Reihe militärischer Auseinandersetzungen hatte, ermöglichte. Leider werden diese völlig gegensätzlichen Entwicklungen nicht näher diskutiert, obwohl sich auf diesem Wege Erfolgsbedingungen für eine funktionierende Friedenspolitik hätten ausarbeiten lassen. Meridor betont stattdessen, dass Israel im Westjordanland entgegen seiner sonstigen Politik eine Reihe von Siedlungen gebaut hat, die als Ex-